



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Christine Kamm, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/1951

Konzept für umfassende Entbürokratisierung der Pflege vorlegen – Pflege-Transparenzvereinbarung reformieren

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag ihr Konzept für eine umfassende Entbürokratisierung der Pflege zu erläutern. Die entsprechenden gesetzlichen und ordnungsrechtlichen Vorgaben im Pflege- und Wohnqualitätsgesetz (PfleWoqG) und in der Ausführungsverordnung zum Gesetz (AV PfleWoqG) müssen im Sinne der Entbürokratisierung überprüft werden.

Unnötige Mehrfachprüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen und die kommunale Heimaufsicht der „Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht“ (FQA) sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Prüflinien der Aufsichtsbehörden der Kommunen und der Kassen müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Die Prüfung ist konsequent an der Ergebnisqualität der Pflege auszurichten.

Die Staatsregierung wird des Weiteren aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu berichten, wie sie sich auf Bundesebene für eine grundlegende Reform der Pflege-Transparenzvereinbarung (PTV) und für eine Zusammenfassung der unterschiedlichen Prüfinstanzen zu einer einheitlichen Aufsichtsstelle einsetzen will.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident